

**Vorsitzender**  
**Rainer Wagner**  
Von-der-Tann-Straße 11  
D-67433 Neustadt/Weinstraße  
Tel.: 06321 2678 Fax 483225  
Email: Rainer\_Wagner@gmx.net

www.UOKG.de  
eMail: Info@uokg.de

Ehrenvorsitzende:  
Gerhard Finn & Horst Schüler  
Stellvertretende Vorsitzende  
Dr. Klaus Zöllig  
Lothar Scholz

**Bundesgeschäftsstelle:**  
Ruschestr.103, Haus 1  
10365 Berlin  
Tel.. 030 55779354  
**Geschäftszeiten:**  
Mo - Fr 16.00 - 18.00 Uhr

Neustadt, 30. Oktober 2008

## PRESSEERKLÄRUNG

### **Opferverbände appellieren an das Gewissen der Landtagsabgeordneten**

Am 4. November soll im Hessischen Landtag die Entscheidung darüber fallen, ob erstmalig in den alten Bundesländern eine Landesregierung unter Duldung der neokommunistischen Linkspartei ins Amt kommt. Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, ein Zusammenschluss von über 30 Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen der SED-Diktatur, hat an die Landtagsabgeordneten von SPD und Bündnis'90/Die Grünen appelliert, die Wahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin mit den Hilfe der Stimmen der umbenannten SED zu verhindern. Bei der geheimen Abstimmung seien sie lediglich ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich, nicht jedoch ihrer Fraktionsführung.

Die UOKG verwies darauf, dass in ihren Mitgliedsverbänden sich Menschen organisierten, die unter dem SED-Regime schwer gelitten hätten. Sie sprächen für Tausende Tode, Hunderttausende Inhaftierte und eine unüberschaubare Zahl von zerstörten menschlichen Existenzen.

Die Linkspartei als die mehrfach umbenannte SED trage die Schuld an den schrecklichsten Menschenrechtsverletzungen in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihre schreckliche Geschichte habe die Partei bislang nicht annähernd aufgearbeitet.

Die Opferverbände schätzten sowohl die SPD als älteste demokratische Partei Deutschlands, die maßgeblich am Aufbau unseres demokratischen Gemeinwesens mitgewirkt habe, als auch Bündnis90/Die Grünen, die in der Tradition der Bürgerrechtler stünden, die 1989/90 gegen die SED die friedliche demokratische Revolution in der DDR erkämpft hätten. Die UOKG forderte die Abgeordneten von SPD und Bündnis'90/Die Grünen deshalb auf, mit Ihrem Stimmverhalten ein deutliches Zeichen für Demokratie und Freiheit, und gegen Totalitarismus und Opportunismus zu setzen.

gez. Rainer Wagner  
*Vorsitzender*